

## **Wahlprüfstein „VÖL - Vereinigung Ökologischer Landbau in Hessen e.V.“**

### **1. Bitte führen Sie aus, welchen Stellenwert der Ökolandbau für Ihre Partei hat und welches Ökolandbau-Flächenziel sich Ihre Partei für 2025 bzw. 2030 steckt?**

#### **Antwort:**

Der Ökolandbau hat aus Sicht von uns Freien Demokraten, genau wie der konventionelle Landbau, einen sehr hohen Stellenwert. Wir setzen uns für landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer ein, damit sie eigenverantwortlich und auf Grundlage der guten fachlichen Praxis ihre Betriebe erfolgreich führen und weiterentwickeln können. Sie werden für eine sichere Versorgung mit hochwertigen, erschwinglichen und vielfältigen Nahrungsmitteln heute und in Zukunft gebraucht. Aus unserer Sicht folgt das Angebot der Nachfrage, nicht umgekehrt. Wir wollen den Ökolandbau entlang der Nachfrage weiterentwickeln und halten dabei Ökolandbau-Flächenziele nicht für notwendig oder hilfreich.

### **2. Bitte erläutern Sie, wie Ihre Partei die Rahmenbedingungen gestalten möchte und welche Anreize Sie konkret setzen wird, damit das unter 1. benannte Flächenziel erreicht werden kann?**

#### **Antwort:**

Wir verfolgen kein Ökolandbau-Flächenziel. Wir setzen stattdessen auf gute und faire Rahmenbedingungen, die für die ökologische Landwirtschaft und für die konventionell wirtschaftenden Kollegen gleichermaßen gelten.

### **3. Bitte beschreiben Sie, wie Ihre Partei den Absatz von hessischen Biolebensmitteln im Land fördern will. Welche Maßnahmen planen Sie, um insbesondere den regionalen Absatz von Biolebensmitteln zu stärken?**

#### **Antwort:**

Regionale Lieferketten sind sowohl im Sinne des Klimaschutzes als auch unter Tierschutz-Gesichtspunkten vorteilhaft. Regionale Erzeuger tragen außerdem dazu bei, dass Wertschöpfung in der Region bleibt. Wir wollen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen unabhängig von den Produktionsverfahren fördern. Bestehende Förderungen des Landes zu regionaler Ernährung, beispielsweise über die Hessenagentur, das Portal „landservice-hessen.de“ sowie über MGH wollen wir weiterverfolgen und, da wo es möglich ist, ausbauen.

### **4. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die regionalen Wertschöpfungsketten in Hessen zu stärken? (Beispiele zum Thema „Stärkung des regionalen Handwerks im Bereich der Lebensmittelverarbeitung“ sind erwünscht)**

#### **Antwort zu 3 und 4:**

Im Bereich der Lebensmittelverarbeitung beobachten wir einen besorgniserregenden Trend, insbesondere bei Metzgereien, Bäckereien und bei regionalen Schlachtkapazitäten. Gerade kleine Betriebe mussten in der Vergangenheit aufgeben, weil sich das Geschäft auf immer größere Schlachthöfe konzentrierte. Wenn in einer Region keine Schlachtkapazitäten mehr vorhanden sind, schwächt das auch die vor- und nachgelagerten Bereiche. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die noch vorhandenen Schlachtkapazitäten erhalten bleiben und neue geschaffen werden. Dazu schlagen wir vor, bestehende Fördermöglichkeiten auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und die dazu bereitgestellten Mittel drastisch zu erhöhen. Wir unterstützen vom Land geförderte Projekte zu vollmobiler und teilmobiler Schlachtung und zur Schlachtung mittels Weideschuss und wollen diese ausweiten.

### **5. Welche Rolle soll den Ökomodellregionen zukünftig zukommen? Wird eine Evaluation der bisherigen Tätigkeit der Ökomodellregionen stattfinden?**

#### **Antwort:**

Die Ökomodellregionen können zukünftig noch stärker dazu beitragen, den Anteil regional und saisonal vermarkteter Lebensmittel zu erhöhen und regionale Vermarktungsstrukturen zu etablieren. Eine Evaluation der bisherigen Tätigkeit sollte in der kommenden Legislaturperiode stattfinden, um zu identifizieren, wie das Land die Modellregionen bei diesem Ziel besser unterstützen kann.

**6. Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie die Verbände des Ökologischen Landbaus bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der hessischen Agrar- und Ernährungspolitik einbinden bzw. deren Einbezug sicherstellen?**

**Antwort:**

Wir wollen zu einer Agrarpolitik auf Augenhöhe zurückkehren und streben deswegen an, sämtliche in der Praxis betroffenen Verbände frühzeitig und umfassend in anstehende Entscheidungen und Gesetzgebungsprozesse einzubinden. Die in den vergangenen Jahren im hessischen Umweltministerium etablierte Praxis, Expertenanhörungen in der Haupterntezeit, den Schulferien, über Weihnachten oder mit sehr kurzen Fristen durchzuführen, wollen wir beenden. Wir streben einen konstruktiven, regelmäßigen und umfassenden Dialog mit allen Stakeholdern an.

**7. Welche Weiterbildungsmöglichkeiten planen Sie für Lehrkräfte an Grund- und weiterführenden Schulen zum Thema „Agrarökologische Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln“?**

**Antwort:**

Aus unserer Sicht bedarf es keiner zusätzlichen Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte zu agrarökologischer Erzeugung. Wohl aber sehen wir einen Weiterbildungsbedarf in Fragen der nachhaltigen, modernen Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung. Lehrkräfte als Multiplikatoren müssen wiederholt geschult werden, um das Wissen um Anbau, Ernte, Tierhaltung, Schlachtung und Verarbeitung pädagogisch aufgearbeitet an die Schülerinnen und Schüler weitergeben zu können.

**8. Wird sich Ihre Partei für eine stärkere ökologische Ausrichtung der landwirtschaftlichen Ausbildung in den hessischen Berufs- und Fachschulen einsetzen?**

**Antwort:**

Wir gehen davon aus, dass es aufgrund des Klimawandels und einer ständigen Abnahme der für landwirtschaftliche Produktion zur Verfügung stehenden Flächen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu einer nachhaltigen Intensivierung der Landwirtschaft kommen wird. Diesem sich abzeichnenden Trend muss auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung Rechnung getragen werden. Wir halten es für wichtig, die besten Methoden aus beiden Welten miteinander zu vereinen, damit gegenseitiges Lernen voneinander möglich wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Inhalte der landwirtschaftlichen Ausbildung stets den aktuellen Entwicklungen anzupassen, ohne allerdings grundlegende Kenntnisse wegfallen zu lassen.

**9. Die Weidehaltung ist eine zentrale Säule der artgerechten Haltung von Rindern, Schafen und Ziegen im Öko-Landbau. Seit einigen Jahren erschwert das Aufkommen von Wölfen diese Haltungsförm für hessische Bäuer\*innen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei um Weidetierhalter\*innen zu unterstützen?**

**Antwort:**

Wir Freie Demokraten wollen die Weidetierhaltung in Hessen erhalten, weil sie ein großer Gewinn für Tiere, Umwelt-, Arten- und Klimaschutz ist. Wir beobachten, dass immer mehr Weidetierhalter infolge der immer größer werdenden Wolfspopulation in Hessen und der dadurch stark zunehmenden Nutzungskonflikte, ihre Tätigkeit aufgeben. Das wollen wir so nicht hinnehmen.

Auf Landesebene wollen wir deswegen eine Beweislastumkehr bei Rissverdachtsfällen einführen. Derzeit erhalten Tierhalter im Falle eines Wolfsrisses nur in den seltenen Fällen eine Entschädigung, wenn der Wolf als Rissverursacher genetisch nachgewiesen werden kann. Dieser Zustand ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, wir fordern deshalb, Entschädigungen immer dann zu gewähren, wenn der Wolf als Rissverursacher nicht ausgeschlossen werden kann. Weiterhin muss die Rissprobenbegutachtung an sich professionalisiert werden. Viel zu selten werden Wolfsrisse als solche bestätigt. Derzeit gibt es in Hessen

weder valide Daten über die Zahl der in Hessen sesshaften Wölfe, noch einen realistischen Überblick über die vom Wolf verursachten Schäden. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, den Wolf in das Jagdrecht aufzunehmen und eine Wolfsverordnung zu erlassen, sodass Problemwölfe rechtssicher entnommen werden können.

Aus EU- und Bundesebene setzen wir uns dafür ein, möglichst zeitnah alle notwendigen Regelungen für ein Bestandsmanagement der Wolfspopulation zu schaffen. Der Wolf in Deutschland ist im Bestand längst nicht mehr gefährdet und sein günstiger Erhaltungszustand ist längst erreicht. Die Umsetzung eines Bestandsmanagements, wie es etwa in Frankreich oder Schweden praktiziert wird, ist allerdings nicht trivial. Eine entsprechende Arbeitsgruppe der Ampel-Koalition im Bund arbeitet seit Beginn der Legislaturperiode an Vorschlägen zur Umsetzung eines regional differenzierten Bestandsmanagements. Dieses Vorhaben unterstützen wir als Freie Demokraten in Hessen ausdrücklich.

**10. Wie steht Ihre Partei zum Thema „Gentechnik“? Welche Regelungen sollten insbesondere für die neuen Gentechniken (z.B. CRISPR/Cas) gelten?**

**Antwort:**

Grüne Gentechnik ist aus Sicht der Freien Demokraten eine riesige Chance, die wir ergreifen wollen. Sogenannte Neue Züchtungstechniken bieten zahlreiche Vorteile und Potenziale. Wenn wir Herausforderungen wie die Ernährungssicherheit in Zeiten des Klimawandels und die Etablierung einer nachhaltigen Landwirtschaft meistern wollen, müssen wir auf diese fortschrittlichen Technologien setzen. Deswegen wollen wir uns auf EU- und Bundesebene für eine risikoangepasste Novellierung des EU-Gentechnikrechts an den Stand der Wissenschaft stark machen.

**11. Wird Ihre Partei das ökologische Versuchswesen und das Beratungsteam „Ökologischer Landbau“ des LLH unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Flächenziele weiter stärken?**

**Antwort:**

Wie bereits in den Antworten zu den Fragen 1 und 2 erwähnt, verfolgen wir kein politisch festgelegtes Ökolandbau-Flächenziel. Eine angemessene Ausstattung des ökologischen Versuchswesens und des Beratungsteams "Ökologischer Landbau" im LLH wollen wir trotzdem sicherstellen.

**12. Plant Ihre Partei die Einführung einer Existenzgründungsprämie für Landwirt\*innen in Hessen? Gibt es weitere Vorhaben Ihrer Partei, um auch den Generationenwechsel auf den Betrieben zu unterstützen?**

**Antwort:**

Eine entsprechende Existenzgründungsprämie existiert in Form der Junglandwirte-Prämie bereits im Rahmen der GAP-Direktzahlungen. Sie ist ein wichtiger Anreiz sowohl für Existenzgründungen als auch für Hofübergaben. Laut Agrarstatistik hat jedoch nur ein Drittel der Betriebe einen Hofnachfolger/eine Hofnachfolgerin, ein weiteres Drittel möglicherweise (jedoch noch unsicher), ein Drittel wird den Betrieb aufgeben. Wir setzen uns deshalb für verbesserte Beratungsangebote ein, um den Generationswechsel auf den Betrieben zu unterstützen.

**13. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um den Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr in Hessen zu senken? Welche Ziele setzt sich Ihre Partei diesbezüglich bis 2025 bzw. 2030?**

**Antwort:**

Wir räumen dem Schutz des Bodens eine hohe Priorität ein. Wir wollen den Totalverlust an wertvollen Böden durch Bebauung und Versiegelung reduzieren. Wir wollen dazu den Ländlichen Raum attraktiver gestalten, um die Wanderungsbewegung in die Ballungsräume zum Stillstand zu bringen. Im Sinne einer hohen Flächeneffizienz werden wir die Mehrfachnutzung von Flächen (mehrere Nutzungen übereinander) forcieren. Bebauung von Freiflächen geht immer einher mit Kompensationsmaßnahmen. Dadurch wird der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen noch vergrößert. Wir wollen Anreize dafür setzen, dass Kompensationsmaßnahmen verstärkt im Objekt selbst umgesetzt werden. In der vertikalen Landwirtschaft steckt großes Potential. Wir werden die Forschung hierzu verstärken und Pilotprojekte anstoßen.

Wir setzen uns für einen möglichst flächeneffizienten Ausbau der Solarenergie in Hessen ein. Wir möchten hessische Freiflächensolaranlagenverordnung im Hinblick auf die Ausbauziele und zum Zwecke der Priorisierung der Flächenpotenziale anpassen. Folgende Flächen sollen als Standorte für Freiflächen-PVA potenziell bevorzugt in Anspruch genommen werden - in der Reihenfolge:

1. Bereits versiegelte Flächen (Dächer von Hallen oder Gewerbebauten, Maschinenhallen, Parkplätze, Konversionsflächen etc.)
2. Rekultivierte landwirtschaftliche Flächen, Flächen auf ehem. Deponien
3. Absolutes Grünland und Flächen mit starker Hangneigung oder ungenutztes Grünland
4. Ackerland mit niedrigerer Qualität (Bodenwertzahl) oder Restflächen an Straßen, Autobahnen, Baugebieten etc. mit schlechtem Zuschnitt

**14. Wird sich Ihre Partei für die Einführung von Gemeinwohlkriterien bei der Verpachtung landeseigener Flächen einsetzen?**

**Antwort:**

Wir lehnen vergabefremde Kriterien ab.